

DAS ZUKUNFTSMINISTERIUM

2112 /A.B.----- BR/ 2005
zu 2301 /J----- BR/ 2005
Präs. am 17. Mai 2005

bm:bwk**Bundesministerium für
Bildung, Wissenschaft
und Kultur**

GZ 10.001/0003-III/4a/2005

Herrn
Präsidenten des Bundesrates
Mag. Georg Pehm
Parlament
1017 Wien

Wien, *17.* Mai 2005

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2301/J-BR/2005 betreffend verstärkte Sprach- und Sprechförderung für Kinder, die die Bundesräte Jürgen Weiss, Kolleginnen und Kollegen am 17. März 2005 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, um ein Konzept zur frühen Sprachförderung für Kinder, deren Erstsprache nicht Deutsch ist, zu erarbeiten.

Ein Jahr vor dem Schuleintritt, also ein Jahr vor dem Erreichen der Schulpflicht, soll eine verpflichtende Anmeldung der 5-Jährigen in der Grundschule durch die Eltern erfolgen. Bei dieser Gelegenheit kann künftig bei allen Kindern die Beherrschung der Unterrichtssprache überprüft werden. Bei mangelhaften Kompetenzen sollen Sprach-Betreuungsangebote angeboten werden. Ziel ist es, in kleinen Gruppen die Kinder bestmöglich auf die Schule vorzubereiten.

Eine Expertengruppe im Bildungsministerium hat bereits ein Diagnoseverfahren zur Feststellung der sprachlichen Kompetenz und Leitlinien für das Förderprogramm erarbeitet. Bereits ab Herbst 2005 werden Maßnahmen zur „Frühen Sprachförderung“ durchgeführt. Es ist geplant, dass die frühe Sprachförderung im Kindergarten stattfindet.

Begleitend werden an den Pädagogischen Instituten Weiterbildungsangebote für Kindergärtnerinnen und Kindergärtner erstellt, damit diese sich auf die neue Aufgabe vorbereiten können. Darüber hinaus wird in der Ausbildung der Kindergärtnerinnen und Kindergärtner ab dem Schuljahr 2005/06 die frühe Sprachförderung einen Schwerpunkt bilden.

Die Bundesregierung stellt für die sprachliche Frühförderung eigens Mittel zur Verfügung. Um die Maßnahmen der frühen Sprachförderung bestmöglich vorzubereiten, werden in den nächsten Wochen intensive Gespräche mit den Gemeinde- und Ländervertretern sowie mit dem Innenministerium geführt.

Die Bundesministerin:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "E. G. G. G.", written in a cursive style.